

Saale-Zeitung.

Funfundbierziger Jahrgang.

werden die 6 realpolitische Kolonialstelle aber dem R... mit 20 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in weiteren Ausnahmefällen und allen Honorars-Gelehrten angenommen.

Ercheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Sandstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis für Halle vierteljährlich bei postmässiger Bezahlung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ausl. Bezahlungsdirekt. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Mr. 99.

Halle a. S., Dienstag, den 28. Februar.

1911.

Der Militäretat im Reichstag.

Zu den antisemitischen Angriffen Raabs.

130. Sitzung vom Montag, den 27. Februar.

Am Tisch des Bundesrats: Frhr. v. Heeringen.

Präsident Graf Schwerin-Bowitz eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min.

Das Geheiß über die weitere Zulassung von Hilfsmitteln in der Kaiserl. Patentamt wird in dritter Lesung verabschiedet.

Der Militäretat.

Die Bejahung beim Gesetzentwurf des Ministers wird fortgesetzt.

Herr Gröber (Ztr.): Der Vorwurf der Sozialdemokraten, wir hätten alles möglich bemüht, aber die Erhöhung der Mannschäftszahlen abgelehnt, nimmt sich selbst aus dem Munde einer Partei, die alle Steuern ablehnt, zuletzt noch die Wertungsgeldsteuer. Gelingt es uns, die erforderlichen Geldbewilligungen zu erreichen, dann werden wir es an uns nicht fehlen lassen.

gutschäftliche Behörden.

Weder alle diese Zusicherungen hätte man doch Klarheit schaffen müssen. Der Kriegsminister hat die verschiedene Behandlung der Offiziere und Zivilisten vor dem Ehrenrat — (die einen verdienen auf Pflicht und Ehre, die anderen müssen schwächen — mit praktischen Erwägungen begründet; es ist aber doch ein kolossaler Unterschied: den einen droht das Zuchthaus, dem andern nicht. Der Redner bemängelt die Ehrengerichtsverfahren auf in einigen anderen Punkten. In der Zusammenfassung der Ehrende ist auch das politische Moment hinein.

Herr Raab hat die Gelegenheit benutzt, ohne jeden Grund seinem antisemitischen Herzen Luft zu machen.

Diese Art ist jedenfalls nicht geeignet, das ernste Problem zu lösen, an Stelle ruhiger Erwägung leidenschaftlicher Heiß, diese Verallgemeinerung einzelner Vorkommnisse. Herr Raab hat ein Wort Bismarcks aus dem Jahre 1847 zitiert. Damals war Bismarck ein junger Mann; aber 1869 hat er dann das Reichsgesetz über die staatliche Parität der Glaubensbekennnisse gegenstandslos gemacht. Und wie ist es in anderen Ländern? Wir leben doch nicht auf einer isolierten Insel. In der Oesterreich-Ungarischen Armee sind die Israeliten zu allen Stellungen zugelassen und sind bis in die höchsten vorgezogen.

In Italien, England, Frankreich haben wir die gleichen Erfahrungen. Sind denn bei uns in Deutschland die Israeliten von ganz anderem Holze als dort? Aus den Freiheitskriegen werden die jüdischen Soldaten mit Namen angeführt, die das Eisernen Kreuz erhalten haben. Wenn das nach 100 Jahren noch möglich war festzustellen, so ist das eine Zahl, die man wohl beachten kann. In einer Denkschrift des preussischen Ministers des Innern von 1847 sind alle diese Gesichtspunkte ganz eingehend geprüft, und da wird auf Grund der Berichte der Armeefürsten festgestellt, daß die Juden des preussischen Heeres sich von anderen Soldaten nicht unterscheiden. Und wie haben die Juden sich im deutsch-französischen Feldzug unmittelbar nach Erlass des Paritätengesetzes verhalten? Von 4492 jüdischen Soldaten, darunter 117 jüdischen Offizieren, haben das Eisernen Kreuz oder die entsprechenden militärische Auszeichnungen der andern preussischen Bundesstaaten 373 jüdische Soldaten erhalten. (Hört, hört!) Die sind alle in der Statistik mit vollem Namen aufgeführt. (Abg. Obermann v. Sonnenburg: Es sind größtenteils Herzog! Lachen links.) Daß eine ganze ansehnliche Zahl jüdischer Soldaten das Eisernen Kreuz bekommen hat, darauf kommt es mir allein an. Die Tatsache nun, daß durch Jahrzehnte auch nicht ein einziger Jude im Generalstab zu Bayern — Offizier geworden ist, daß andere geachtete Juden kein Hindernis gefunden haben, ist mir beweiskräftiger als die einzelnen Beispiele. Eine solche Behandlung verdient nicht dem Paritätengesetz und dem Paritätensymbolen. Wir haben allen Anlaß, für die

christliche Durchführung des Paritätengesetzes

von 1869 einzutreten, denn auf demselben Geleis beruhen auch wir. Auch heute fehlen nicht die Versicherungen, die Reichstagen zu Staatsbürgern zweier Klasse herabzuwürdigen, und es sind nun alljährlich diejenigen unheimlichen Persönlichkeiten, die heute die Juden und morgen gegen katholische Ordensmänner arbeiten. Wir wissen ja, daß es auch Juden sind, namentlich in der Presse, die sich damit nicht genug tun können, über katholische

Angelegenheiten zu spotten. (Hört, hört bei der Wirtsch. Abg.) Das kann uns aber nicht abhalten, unsere Pflicht zu tun. Wir werden für die staatliche Gleichberechtigung der Juden unbedingt eintreten, eingebettet des edlen Wortes des Kaisers Friedrich: Ein jeglicher unter ihnen steht meinem Herzen gleich nahe, haben doch alle gleichmäßig in den Tagen der Gefahr ihre volle Hingebung bewährt! Dieser Kampf wird uns stets auf dem Felde finden, es ist der gute Kampf für Recht und Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Dr. Mann (Nl.): Wir haben am Sonnabend die Interpellation unserer Partei vom Schlusstrat zurückgegeben, weil wir uns nicht aufreizen und verheben die Rede, wie die des Abg. Raab, nicht ohne Widerspruch von unserer Seite ins Land hinausgehen lassen wollten. Aus Gründen der Gerechtigkeit müssen wir die gegen unsere jüdischen Mitbürger am Sonnabend geäußerten Angriffe zurückweisen. (Beifall links.) Herr Raab hat mit dem Auktionszug vergangener Jahre hundert gearbeitet. Er hat sich an alle antisemitische Schriften gehalten und den Standpunkt betont, daß die Juden Staatsbürger zweiter Klasse seien. Einer solchen Anschauung in der heutigen Zeit müssen wir entschieden entgegenreten. Das ist nicht nur unser Recht, sondern auch unsere Pflicht. Auch der Kriegsminister hat sich ja mit aller Entschiedenheit auf den Standpunkt der Verfassung und des Gesetzes gestellt. Er weiß, daß in der Armee antisemitische Tendenzen vorhanden sind, er hat aber auch mit aller Energie darauf hingewiesen, daß er sie nicht billigt und bekämpft. Er hat nichts anderes getan als seine Vorgänger. Denn für ihn wie für uns ist die Verfassung und die Gesetzgebung die Richtschnur. Auch das Zentrum teilt ja diesen Standpunkt. Auch die konfessionale Partei vertritt ja diese Ansicht, wenn die „Kreuzzeitung“ recht hat. Denn diese hat ja vor einiger Zeit über die

Stellung der Konfessionen zum Antisemitismus

eine eulästernde Meinung gemacht, in der es heißt, daß sich der antisemitische Pessimus des konfessionellen Programms praktisch nicht mehr rechtfertigen ließe. (Hört, hört! links.) Also auch hier die Erkenntnis, daß sich nach dem Gange der Zeit der ursprüngliche antisemitische Programmpunkt in der früheren Schärfe nicht mehr aufrechterhalten läßt. Es wäre mißverständlich, wenn die konfessionale Partei heute erklären würde, ob sie diesen Standpunkt ihres Hauptorgans ausdrücklich billigt. Schon mein Freund Raab hat vor einigen Tagen betont, daß ein Unterschied bezüglich der Konfessionen zwischen Juden und Christen nicht gemacht werden darf. Mit demselben Nachdruck verlangen wir aber, daß die militärische Zuchtigkeit für die Beförderung allein maßgebend ist. Die Juden verlangen ja auch keine Bevorzugung; sie wollen nur

mit gleichem Maße wie die anderen

gemessen werden. Ein sehr angesehener Jude, Dr. Walter Athenau, antwortete, als ihn ein hoher Staatsbeamter fragte: Wo sollen wir die Grenze finden, wenn wir überall Juden zulassen? „Scheiden Sie jeden aus, dessen Herkunft, Erziehung, Talent oder Charakter Ihnen den mindesten Zweifel läßt!“ Wir hielten es für notwendig, auf die Ausführungen des Herr Raab, die sich nur auf die Versicherungen von Männern stützen, die im antisemitischen Handbuche vorgezeichnet sind, eine unbedingte Festhaltung an einer klugen Antwort zu geben. (Beifall.) Der Redner wendet sich gegen die Angriffe der Sozialdemokratie auf die Heeresverwaltung. Auch wir üben Kritik an den Verhältnissen in unserer Armee, aber nicht wegen der Agitation, sondern um wirklich Besserung herbeizuführen. Eine Erhöhung der Mannschäftszahlen halten auch wir für angebracht. Wir wollen die besten Soldaten und die besten Offiziere, die mit den besten Waffen ausgerüstet sind. Den Soldatenmischbandungen treten wir mit aller Entschiedenheit entgegen. (Beifall.)

Abg. Schöppin (Soz.): Für die jüdische Bourgeoisie, die ihre Söhne gern Reserveoffiziere werden lassen möchte, haben wir keine Veranlassung, uns besonders ins Zeug zu legen. Aber wir konstatieren, daß hier Recht und Gesetz getreten wird. Die Reserveoffiziere werden doch sonst den jüdischen Verleher nicht. Wie gern führt ein Offizier kein Rebhuhn beim Heidekreis und wieviel jüdisches Blut fließt in blauen Adern! Dem preussischen Adel und seinen Fähigkeiten kann es nicht schaden, wenn er durch jüdisches Blut von Zeit zu Zeit aufgereinigt wird. Herr Raab hat den deutschen Reichstag mit einer antisemitischen Rede überschüttet. Ausgerichtet die Antisemiten werden den Juden geschäftlichen Sinn nur. Alle drei Jahre wechseln sie ihre Firma, wenn die alte Bankrot gemacht hat. Sie machen es wie der schlimmste Kamischöler. (Zuruf links: Nur nicht so geüßelt!) Damit lasse ich Herrn Raab schlüsseln. Wir Abgeordneten von 1907 seien. Die Wahl in Jommern hat es wieder gezeigt. Dieser schwarze Punkt im Alltags wird verschwinden trotz Panik und Gemessen. Der Inhalt des Bismarckschen Erlusses hat der konfessionellen Partei gegeben, kommt er die Verfassung der sozialdemokratischen Abgeordneten betrifft; trotzdem wird Herr Bisping nicht befriedigt, während Herr Häde gemogelt wird.

Abg. Kopsch (Ztr.): Der Kriegsminister dat es Herr Raab zu verdanken, wenn kein Gebot noch nicht bemittelt ist. Herr Raab wird in den Antworten keine große Basse haben, aber hauptsächlich schon denkbar ist, daß er überhaupt einer Antwort für wert gehalten wird. (Sehr laut links.) Es genügt, solche Reden niedriger zu hängen. Einen Richter sagte einmal: Die Antisemiten machen diejenigen Weise, die die Herren auf der Rechten gern beladen, die selbst zu machen sie sich aber zu vornehm

erachten. Diesmal haben sie sich auch gehütet zu lachen. Der Widerwille im Hause war ganz allgemein. Herr Raab hat die Unterlegen geradezu zum Disziplinbruch gegen jüdische Vorgesetzte aufgefordert. Wohin kommen wir, wenn die konfessionelle Klust auch noch ins Meer kommt? Der politische Redner sollte sogar auch eine Trennung zwischen evangelischen und katholischen Soldaten und Offizieren. Wir sind alle Kinder der einen Mutter Germania. Der Redner verlangt für die Abgeordneten das Recht, sich von Offizieren informieren zu lassen und jedoch gegen den militärischen Vorgesetzten. Will der Kriegsminister jedes Galhaus verbieten, dann muß er seinen Offizieren auch den Besuch des Reichstagsrestaurants untersagen und die Lokalisten verbieten, wo sich Konfessionen mit Sozialdemokraten verbrüder haben. Der Redner spricht gegen die Soldatenmischbandungen. Jeder Beruf hat bei der Schilbung solcher Fülle eine gewisse Heiterkeit auf der Rechten. (Hört, hört! links. Widerspruch rechts.) Von dem Begriff eines starken Volksheres sind wir noch weit entfernt. (Beifall links.)

Kriegsminister v. Heeringen: Der Etat für 1911 weist ein Weniger von 4,9 Millionen gegenüber dem Etat für 1910 auf. Die Militärverwaltung war reichlich bemittelt, sich nach der Dede zu strecken. Der Erlaß für den Verleih von Offizieren mit einzelnen Abgeordneten ist erheblich übertrieben worden. Selbstverständlich soll nicht jedes Gespräch der Offiziere mit Abgeordneten verboten werden. Wie wäre das auch möglich? Das Offizierskorps steht sich selbst in allen Schichten zumulmen und hat lo innige Beziehungen zu allen Parteien, allen bürgerlichen Parteien, daß eine Absonderung nach dieser Richtung gar nicht möglich ist. Die Verfügung richtet sich lediglich gegen die Gesuche von Offizieren, die im Gegensatz zu ihren Vorgesetzten hier einen parlamentarischen Druck ausüben wollen. Im Anfang sind solche Verläufe nicht selten, aber die Folgen können sehr ernst sein, denn damit wird die Arme direkt in das parteipolitische Getriebe hineingezogen. (Sehr richtig rechts.) Wenn aktive Offiziere solche Beziehungen zu den verschiedenen Parteien haben, so würde dann die Folge sein, daß die Reden hier im Reichstag sich im Offizierskorps wiederholen, und daß die Reden in den Kammern fortgesetzt werden.

Dann sind wir nur noch einen kleinen Schritt davon entfernt, daß wir konfessionale, Zentrums-offiziere und liberale Offiziere haben. Ich tue an meinem Teil alles, um die Arme obilig aus dem Parteigetriebe herauszulassen. Seien Sie dankbar, daß die Arme ablehnt von der Politik ruhig ihre Pflicht und Schuldigkeit tut. Ich brauche keine Maßnung, keinen Interdiktum um des Galubens willen in der Arme zu machen, auch nicht um des Standes willen. Wieviel Lehrer sind in den letzten Jahren zu Offizieren befördert worden! Ein Interdiktum ist auch nicht bei den jüdischen Mitbürgern der Fall, da mögen Sie sagen, was Sie wollen. Antisemitische Regungen sind ja hier und da in der Arme vorhanden, bewußt oder unbewußt. Ein Volkshere muß doch aufbauen auf die Gesinnungen, die im Volk vorhanden sind. Ich arbeite an meiner Stelle dagegen, aber der Erlaß ist sehr schwer. Antisemitische Offiziere und Unteroffiziere in dieser großen Form haben wir glücklicherweise nicht. Derartige Vorgesetzte wären ungeeignet. Sie weisen auf meine Nachbarn hin. Der Kommandeur muß aber auch mit einer gewissen Baulkraft auch ausgerüstet sein, er trägt der allerhöchsten Stelle gegenüber die Verantwortung dafür, daß das Offizierskorps richtig zusammengesetzt ist. Stellen mit der Zentralstelle aus ungenutzten Stellen in das Offizierskorps hineinnehmen, so würde es eine Pflichtverletzung sein. Die Wahl der Offiziere durch das Offizierskorps ist eine der selbstständigen Institutionen. Es ist durchaus kein Kadettenkorps in der Arme. Dem Passus des Bismarckschen Erlasses über die Immunität der Abgeordneten bedauere ich. Der Kommandeur hat das aber auch eingesehen und den Passus sofort redressiert. Durch vorgelassene Mischbandungen wird jeder Offizier förmlich berührt. Der Abgeordnete braucht nicht aber an meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit gar nicht zu erinnern. Solche Fälle von Schinderei sind auf das entscheidendste zu mißbilligen. Aber derartige Mischbandungen geben in der Arme doch dauernd jurist. Verlassen Sie sich darauf, es wird sehr eingeschritten, wenn irgend ein Vornehmer seine Pflicht nicht getan hat. Wir haben weder katholische, noch evangelische, noch jüdische Soldaten als Klasse, sondern deutsche Soldaten. Eine Vorbereitung, wie sie die sozialdemokratische Partei für unsere Rekruten angedenken läßt, für die dank ich. Ich kann bemerken, wie sie an unken Deuten haben. Der Minister vertritt einlaue Proben aus der sozialdemokratischen Presse, die bei der Reden viel-Klause hervorruhen. Dieser erinnert der Minister an ein Theaterrück die der Rekrutenmische, das in Remfeld aufgeführt wurde und das händert, wie ein Rekrut zum Selbstmord ein sozialdemokratischer Unteroffizier dazu getrieben wird. Ich an Korpsveranlassung zu verweisen. Soll da der Soldat Aussprüche vom sozialdemokratischen Parteitag und Altale aus der „Jungau Garde“. Wenn Sie kann noch bedenken, wieviel Korrekturen hat unter den Rekruten befinden, so können Sie sich vorstellen, wie schwierig das Material ist, das wir in kurzer Zeit zu selbstbestehenden Menschen erziehen sollen. Wir begrüßen jede solche Kritik, wenn aber jede verheerende Kritik wegen ihrer bösen Folgen zurück. Wenn man die Dinge so darstellt, als ob die deutsche Arme eine verlotterte Bande geworden sei, so dient man nicht der Erhaltung des Friedens, und nicht dem Wohle des deutschen Vaterlandes. (Lebhafter Beifall rechts.)

Sächsischer Generalmajor Freiherr von Salza erklärt, daß der König von Sachsen über die Mischbandungsfälle im Kaiser

Weiter wird dem Petitionsauschuss eine Eingabe des Herrn Dr. Baumeier zugeföhrt, der eine Verlängerung der Straßenbahn nach Trotha beantragt.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. Der 1. Punkt der Tagesordnung betrifft die Ausföhrenng einer

Anleihe von 4 Millionen Mark.

Herr Stv. K n a b e erstattet an der Hand folgender Magistratsvorlage das Referat:

Es ist zwar von den drei noch nicht abgefolgten Stadthanleihen von 1900, 1905 und Sachjen-Anhalt noch ein Stadthanbestand von rund 1 694 000 M. bzw. nach Abzug der in gurezt nicht realifizierten Betzen angelegten Beträge ein solcher von rund 998 000 Mark vorhanden. Nim stehen jedoch auf Grund der Bewilligungen, die bereits auf die Anleihen von 1900 und 1905 sowie auf die noch nicht gegebene Anleihe von 1910 stattgefunden haben, und aus Anlaß weiteren Bedarfs ganz erhebliche, zum größten Teil noch in Rechnungsjahre 1912 zu leistende Ausgaben gegenüber. So stehen noch von der Anleihe des Jahres 1900 rund 429 000 M., von der des Jahres 1905 rund 603 000 M. als bewilligt, aber noch nicht ausgezahlt und unter anderen Umständen noch nicht ausgezahlt, während auf die noch unbekante Anleihe von 1910 bisher 5 482 000 Mark bemilligt, bereits 1 598 000 Mark gezahlt und weitere 3 900 000 Mark voraussichtlich im kommenden Jahre zu verausgaben sind. Ebenso hat eine Umfrage in den verschiedenen Ressorts ergeben, daß nach Bewilligungsanträge in Höhe von etwa 600 000 M. folgen werden, so daß selbst bei Transporthahme der Kontorrentgelder der Kämmerei und der Betriebe werke sich das Bedürfnis nach Realisierung von 4 Millionen Stadthanleihe geltend macht.

Eine Reduzierung dieses Betrages um 1 Million Mark würde nur dann möglich sein, wenn man sich damit begnügt, den dem Kaufpreise der Hallischen Straßenbahn nur das Aktienkapital auszugeben, dagegen die Obligationen von rund 800 000 Mark, für welche die Stadtgemeinde vorläufig selbstschuldnerisch eingetretten ist, ungeändert läßt. Da jedoch eine solche Maßregel wegen der Schwierigkeiten, die durch die Amortisationsbestimmungen jener Obligationen begründet werden, in keiner Weise empfohlen werden kann, treten wir in Hebestimmung mit der Straßenbahn und der Kämmerei-Deputation die Anschaffung, daß auch jene Schuld mit aus der Anleihe bezogen, in deren Programm vorgesehenen 3 Millionen Mark zu bedenken und zu diesem Zwecke der Gemeindefiskus um 28. Mai v. S. rückgängig zu machen ist, nach welchem zunächst der Eintritt der Stadtgemeinde in das Schuldverhältnis der Bahngesellschaft vorgezogen wird. Was dagegen die Form der Begebung der Anleihe anlangt, so glauben wir uns an die bewährten Bestimmungen der letzten Ausschreibungen halten zu sollen. Hiernach schlagen wir wiederum einen vierprozentigen Zinssatz als den zurzeit allein möglichen vor, möchten sogar das Verbot der Konvertierung und der verfallenen Tilgung nicht wie bisher nur auf fünf Jahre, sondern bis zum Jahre 1920 angedehnt sehen.

Für die Abgabe der Angebote wird der 8. März bestimmt. Die Anleihe wird mit 2 Prozent getilgt. Die Stadt übernimmt die Talonsteuer. Zum Wettbewerb werden 20 Firmen aufgeföhrt.

Herr Stv. T h i e l e hält den jetzigen Zeitpunkt für die Ausföhrenng für sehr angeeignet; wir würden viellecht 28 oder 30 Proz. offeriert bekommen.

Herr Bürgermeister v. S o l l y erklärt diese Befürchtung für durchaus unbegründet. Die Hallische Stadthanleihe habe stets ein gutes Ergebnis aufzuweisen. Wir dürften ungehörig mit Paris rechnen.

Herr Stv. S v a c h e ist derselben Ansicht. Die Hallische Stadthanleihe sei beliebt. An ein so niedriges Kursangebot sei gar nicht zu denken.

Die Magistratsvorlage wird angenommen. Als Entschädigung wird zum Aufwände erledigt die Anlage einer Dünghertransportanlage auf dem S c h l a d d i t h. Herr Stv. R e i c h a r d t empfiehlt die Vorlage, Herr Stv. S e i l ebenfalls. Es werden dafür 3000 Mark bemilligt.

Der 2. Punkt betrifft

die Theaterfrage.

Im Verein damit werden die Punkte 3, 4 und 5 verhandelt: eine Petition der Mitglieder des Stadttheater-Direktors, um eine Subvention des Oberbürgermeisters-Unternehmens, eine Eingabe des Halleischen Bürgervereins, der um Einführung der künftigen Regie ersucht, sowie eine Eingabe des 4. kommunalen Vereins, der das Theater als geschrieben haben will.

Direktor-Vertrag.

Das Direktor hat die Veranlassung schon früher beschafft, schon im Jahre 1889. Es wurde damals ein besonderer Ausschuss eingeföhrt, der bis 1905 bestand. Herr Stadtrat Wagner arbeitete eine vorzügliche Denkschrift zur Bildung eines großen künftigen Direktors aus; aber der Tatsauschuss und hernach das Stadtvorordnenkollegium lehnten ab wegen des Aufwandes, den das Direktor erfordert haben würde. Die Sache ist dann im letzten Jahre wieder aufgesetzt und aktuell geworden namentlich durch die fachmännischen Artikel des Theaterdirektors Weigert in der „Saale-Ztg.“ Herr Theaterdirektor Richards hat dann, als Herr Oberbürgermeister Weigert starb, mit vollem Bewußtsein den richtigen Zeitpunkt erkannt und hat mit einer Reihe von Establishments und Vereinen Verträge geschlossen, wonach das Theaterordnenkollegium dort zu spielen hat. Das Direktor, das jetzt ganzjährig engagiert ist, umfaßt aber nur 36 Mann. Das ist zu wenig, um als erstklassiges Direktor gelten zu können. Um die Leute ganzjährig zu verpflichten, hat Herr Richards im Interesse der Bilanzierung des Direktorats eine Reduzierung der Gagen vorgenommen, um 5-8 Proz. Es handelt sich meist um verheiratete Leute. Zum Beispiel ein Musiker, der vorher 110 Mark bezog, erhält jetzt nur noch 105 Mark, ein anderer, der 120 Mark hatte, bekommt nur noch monatlich 110 Mark um.

Das ist eine bedauerliche Maßnahme, zumal wenn man bedenkt, daß die Leute verheiratet sind und Kinder haben, in einzelnen Fällen bis zu fünf Kindern. Der Fortschritt, der in der Bildung eines ganzjährigen Direktors liegt, wird angesichts so unglücklicher Maßnahmen gar zu teuer erkauft erscheinen. Nur die künftige Subvention kann hier Mängel beheben. Mit 10 000 Mark Zuschuß ließe es sich ermöglichen, um zwei Jahre hindurch 52 Mann zu halten, und zwar bei unveränderten Gagen. Herr Richards selbst hat an der Subvention kein Interesse. Er hat bei 36 Musikern 64 940 Einnahmen und 76 740 Mark Ausgaben, läßt also mit 11 000 Mark Defizit. Bei 52 Mann mit jährlichem Engagement erlösen Herrn Richards aber

die Einnahmen bleiben mit 64 940 Mark konstant — 89 180 M. Ausgaben, also — jene 10 000 M. Subvention mit berechnet — ein Defizit von über 14 000 Mark, oder eine um ca. 2500 M. höhere Unterbilanz, als bei 36 Mann. Selbstverständlich wird Herr Richards bemüht sein, das Marko auszugleichen durch weitere Zuschüsse mit Vereinen usw. Künstlerische und soziale Gründe lassen den Zuschuß von 10 000 Mark geraten erscheinen. Es ist auch eine recht geringfügige Summe im Vergleich zu dem, was andere Städte zahlen. Nur Bielefeld zahlt ebenfalls 10 000 Mark, alle anderen Städte mehr. Lübeck zahlt zu dem Direktor 15 000 Mark zu, Kluaen 20 000 M., Coblenz 15 000 M., Bremen 28 000 M., Dortmund 30 000 M.

Herr Stv. v. B l u m e empfiehlt ebenfalls die Subvention. Die Erfahrung bestatigt, daß sich in keiner Stadt ein künstlerisch kräftiges Direktor ohne künftigen Zuschuß halten läßt. Magdeburg zahlt 60 000 Mark. Wenn wir mit 10 000 Mark wegkommen, so ist das recht günstig. Wenn wir jetzt ein solches Direktor erlösen, wie es uns vorzwehlt, so leisten wir etwas Ertragsfähiges für das Musikleben in Halle und tun andererseits in sozialer Hinsicht ein gutes Werk. Die Musiker brauchen im Sommer nicht mehr in die Fremde zu ziehen; sie können in Halle bei ihren Familien bleiben. Die Bezahlung heute ist nicht ausreichend. Es sind geradezu erschreckende Zahlen, die man vernimmt. Künstlerisch durchgebildete Leute werden schlechter entlohnt, als manche Arbeiter. Würde diese Vorlage abgelehnt, so wäre das ein schwerer Schlag für den künstlerischen Kredit unserer Stadt.

Herr Stv. S o m m e r findet, daß die Vorlage in der Beziehung einen Mangel zeigt, als sie keinen Erlauf für die Musiker vorseht. Auch das sei eine unerlässliche soziale Vorlage, zumal die Leute doch außerordentlich stark in Anspruch genommen werden. Wenn auch Herr Richards wohl geneigt ist, den Erlauf freiwillig zu gewähren, so kann man sich damit nicht begnügen; wir müssen die Sache konfliktlos festlegen. Ich beantrage für jeden Musiker

im Sommer 14 Tage Erlauf

bei Weiterzahlung seiner Gage. Herr Richards selbst hat angegeben, daß er 6 Mann im Sommer entbehren kann.

Der Antrag Sommer wird angenommen, desgleichen die Subvention von jährlich 10 000 Mark.

Herr Stv. B o r g e s referiert Johann über die Vorlage des Magistrats auf Weiterverpflichtung des Stadttheaters auf 3 Jahre an Herr Richards. Seit Jahren hat kaum eine Frage die Öffentlichkeit so angeregt, wie die Theaterfrage. 1912 im August geht der Wagnervertrag zu Ende. Zwei Möglichkeiten geben sich heraus: entweder die Weiterpflichtung oder die eigene Regie. Hinsichtlich der Weiterpflichtung wiederum haben wir die Wahl, entweder auszuföhren, oder an Herrn Richards weiter zu verpacken. Ebenso gibt es hinsichtlich der eigenen Regie zwei Möglichkeiten, entweder die Kollektive oder die Halbtendanz. Wie waren wir mit dem bisherigen Zustand zufrieden? Sind Reformen nötig? Wie lassen sich diese verwirklichen? Anerkannt wurde von allen, daß unter Theater in künstlerischer und sozialer Beziehung nur auf Kosten niedriger Gagen möglich sind. Eine Stadt, die zudem zu fragen, daß ihr Theater nicht ein Unterhaltungsinstitut ist; es muß eine Pflegestätte der Kultur, eine Erziehungstätte zu Schönheit und Wahrheit sein. Der Mischling liegt weniger in der Ferne, als im System. Unser Verpachtungssystem macht das Theater zu einem Geschäftstheater; schlechte Gagen, häufiger Wechsel, Dominieren der Jaz- und Kafestücke, Vernachlässigung der Klassiker und Novitäten — das sind die üblen Folgen. Wandel kann nur das Regietheater bringen. Bei der Regie nimmt die Stadt die finanziellen Sorgen auf sich, dem Direktor bleiben die künstlerischen Aufgaben. Bei solchem Betrieb kann ein Theater seiner Bestimmung gerecht werden. Der Theatersauschuss war sich einig darüber, daß die Halbtendanz, wie sie verschiedene rheinische Städte haben, sich recht gut bewährt hat. Wenn wir dennoch aus noch nicht für die Halbtendanz entschieden, so trag der.

Mangel eines Fundus

daran die Schuld. Zur Anschaffung bedürfen wir mindestens 60 000 Mark. Die müßten wir bis zum Herbst 1912 aufzubringen, und das ist nach den jetzt geltenden Verhältnissen nicht möglich. Es wurde uns gelangt, die eigene Regie sei vorzuziehen noch vorzuziehen. Also blieb bloß die Wahl: auszuföhren oder weiter verpacken. Wir waren nun gewiß der Ansicht, daß nach 15 Jahren eine W i t a u f r i s s u n g nichts schaden würde; auch Restentanten würden sich finden, aber die Sache hat doch recht viel gegen sich. Wir müßten auf längere Zeit als drei Jahre verpacken. Da der Fundus fehlt, müßte ihn der Pächter beschaffen, was ihn zur höchsten geschäftlichen Ausnutzung des Theaters zwingen würde, oder die Stadt hätte den Fundus zu liefern, was sie nicht kann. Zudem liegt ein großes Risiko darin: Wir wissen nicht, ob der Pächter nicht in abscheulicher Zeit vor der Notwendigkeit steht: Ich kann nicht mehr, hier helfe ich! Da empfiehlt sich die Weiterverpflichtung an Herrn Richards. Er besitzt einen Fundus, er gibt finanzielle Garantien. Er kann die Zahlen, die wir ihm mit dem vorliegenden Kontrakt auflagen, tragen. Man mag aber seine Verschuldung denken, wie man will, föhrt er sich um unter Musikleben verdient gemacht, zuletzt durch die Einführung des künftigen Direktors. Dessen Gehalt beträgt bis zum gewöhnlichen Grunde einwertigen von seiner Person ab. Daher empfiehlt sich die Weiterverpflichtung, also die Annahme des Magistratsantrages.

Reineingewinn

Der Theatersauschuss ist allerdings der Ansicht, daß man nicht, wie der Magistrat es will, den Gagenetat monatlich um 5000 Mark erhöhen soll, sondern um 3500 Mark. Das macht eine Last für Herrn Richards von 25 000 Mark in der Saison. Für diese Gage kommt aber künftig nur in Betracht Oper, Chor und Ballett, alles andere scheidet aus. Herr Richards gibt seinen

auszuschick auf den gleichen Standpunkt gestellt habe Dabei soll man nicht vergessen, daß sich eine

starke Störung für die Halbtendanz

geltend macht. Sollen wir den gegenwärtigen Zustand auf die Dauer bestehen lassen? Dazu besteht nirgends Neigung; im Gegenteil, man hatte Lust, es mit der eigenen Regie zu versuchen. Was dafür spricht, sind erst mal künstlerische Interessen. Das Theater ist ein Kunstsinstitut für Freude und Belehrung. Die einzig würdige Betriebsform ist da die städtische Regie. Ein Unternehmer muß auf Gewinn wirtschaften. Wir zahlen jährlich für unser Theater 100 000 Mark; doch nicht, damit ein Unternehmer damit Geschäfte macht? Warum verpacken wir denn nicht auch unser Museum? Das ein Theater verpackt wird, ist ein Zustand, der allmählich für überwinden gelten darf. Es gibt eine Reihe von Aufgaben, die lassen sich nur in öffentlicher Betrieb erfüllen. Bei einer Verpachtung läuft eine Stadt stets ein Risiko, das nicht gering ist in künstlerischer und finanzieller Beziehung. Man denke an Leipzig. Gegen die eigene Regie führt man stets Kiel als abschreckendes Beispiel an, aber wie viele Städte, die mit der Verpachtung Schiffbruch erlitten, oder die Städte, wo die eigene Regie sich bewährt, versteht man heranzuziehen. Unser Magistrat steht grundsätzlich auch auf dem Standpunkt der eigenen Regie; aber ihn schreckt das Festen des Fundus, dessen Anschaffung 100 000 Mark kosten wird. Im Laufe der nächsten Jahre will man den Fundus beschaffen, oder wenigstens Material dazu annehmen, auch soll sich inzwischen eine Theaterdeputation auf ihre Regieaufgaben vorbereiten. Die Erhöhung der Abonnementpreise ist ein Geschenk für Herrn Richards. Er hat ein Risiko mit der Erhöhung des Gagenetats, die monatlich 3500 Mark betragen soll. Man weiß noch nicht, ob er übrigens den vollen Betrag für die Abnommenten heranzubekommen wird.

Herr Stv. S c h m i d t - R i m p l e r erklärt sich als Gegner der Halbtendanz. Sie ist eine Doppelschärfe, und sie führt zu allerlei Störungen. Wenn 3, B. eine erste Liebhaber sich mit dem Intendanten vertrifft, appelliert sie an die Theaterdeputation. Ich habe mit Schletter über die Sache gesprochen, und der hat mir dargelegt, zu welchen Mißlichkeiten solch Doppelpagament führt. Ich verpachte mir von der eigenen Regie nichts. Unser Theater ist vorzüglich geführt; das sage ich als eifriger Theaterbesucher. Mit dem Theater geht's, wie beim Souper. Jüngst erst einer an zu mäkeln, dann tabeln sie alle; jeder will keinen schlechteren Geschmack haben als der andere; und so wird die Kritik allgemein. Ich liebe im Theater nicht bloß eine Erziehungstätte zur Schönheit und Wahrheit, ich sehe darin auch eine Unterhaltungstätte. Wenn man sich abarbeitet hat, muß man auch mal lachen; und das Lachen ist äußerst hygienisch.

Die Abonnementpreise werden erhöht.

nicht um eine Kleinigkeit, sondern um 25 Prozent. Aber damit ist's noch nicht getan; auch die Zigarrenhändler, die bisher die Karten billiger als an der Tagesföhre verkauft, werden davon betroffen. Man dürfte einwilligen, wenn das Theater bloß eine Erziehungstätte zur Schönheit und Wahrheit ist, den Besuch nicht verteuern. Was da alles liegt in der Stadt geredet wird, ist zum Teil unrichtig. 3. B. hinsichtlich der Gagen an Waldenamen. Wie in einem Schritt von Märkte beauftragt ist, bekommen keine Balkeben unter 100 Mark monatlich, eine einzige ausgenommen, die bei ihren Eltern wohnt und in der Kunst keine rechten Fortschritte gemacht hat; sie erhält 95 Mark. Ich möchte nicht, daß wir uns mit der Annahme der dreifährigen Weiterverpflichtung für die eigene Regie festlegen.

Herr Stv. S c h e l e erklärt sich als entschiedener Gegner der eigenen Regie. Herr Borges hat eine Kritik an unserm Theater geübt, die unbedeutend ist. Unser Theater ist recht gut. Aber es geht damit so wie mit vielen Dingen: so wie sie gut im Saubnis sind, dann geht das kritischer los. Das Theaterpersonal ist viel schwerer zu behandeln, wie z. B. Beamtenpersonal; das sind meist temperamentvolle Leute. Herr Richards ist ein sehr tüchtiger Geschäftsmann; er versteht ein Theater zu führen. Er weiß junge, begabte Kräfte ausfindig zu machen und sich zu verpflichten. Er hat viele Talente entdeckt und auszuföhrt, und arbeitet mit ihnen nun ebenso gut, aber weit billiger. Die Leute werden dann gewöhnlich später um die dreifache Gage nach auswärts engagiert. Ich frage mich, daß wir einen solchen tüchtigen Mann gewirkt haben. Ein städtischer Intendant würde sich nicht die Mühe geben; er wendet sich einfach an den Intendant und hat sich meist bessere Kräfte für teureres Geld. Lassen Sie uns jetzt die Weiterverpflichtung beschließen und das andere der Zukunft überlassen. Das wir uns damit künftig für die eigene Regie festlegen, dagegen protestiere ich.

Zwischentuse zu eigener Regie

Herr Stv. S o m m e r meint, die 3 Jahre sollen doch nur eine

haben; wir wollen in der Zwischenzeit einen Fundus beschaffen. Aber mir ist die Zwischenstufe nicht genügend motiviert. Ich sehe keinen künftigen Grund, warum wir diese Nebenperiode haben müssen. Es bin der Ansicht, bis 5. September 1912 ist doch wohlrich Zeit genug, alles auf eigene Regie einzurichten. Reiter stellt den Antrag:

Die Veranlassung erinndet den Magistrat, präventiv eine neue Theatervorlage einzubringen, die unter Berücksichtigung der nötigen Mittel zur Anschaffung eines Fundus die Halbtendanz vom September 1912 ab einführt.

Die eigene Regie, die Halbtendanz, ist für uns kein Risiko. Unser Theater ist in Halle konfunktionslos; wir haben zudem ein theaterlebendes Publikum, die Beschaffung des Fundus ist nicht schwer. Der Magistrat läßt die Rollen auf 100 000 Mark, ertüchtliche Punkte berechnen sie auf 60 bis 80 000 Mark. Mit Hilfe unserer Sparfassenüberschlässe läßt sich der Betrag bis 1912 ohne Schwierigkeiten zusammenbringen, zumal wir ja schon 30 000 Mark haben.

Main table containing financial data, including stock prices, exchange rates, and interest rates. Columns include various market indicators and numerical values.

Vertical text on the right margin, possibly a page number or additional publication information.

